

Schindler: Ärger mit Miete

Stadtrat wehrt sich gegen Vorwürfe / Skurriler Vergleichsvorschlag

Von Manfred Rohm

Muss sich der Stadtrat und Vorsitzende des Mieterbundes, Kurt Schindler (SPD), den bösen Vergleich mit bestechlichen Managern gefallen lassen, weil er eine günstige Wohnung von der Stadtbau GmbH gemietet hat – als Aufsichtsrat?

Regensburg. Freunde fürs Leben werden sie wohl nie, der Vorsitzende des Mieterbundes Kurt Schindler und der geschäftsführende Vorstand des Mietervereins Regensburg, Willihald Bauer. Könnte das der Grund sein, warum Schindler auf der Internetseite des Mietervereins zahlreiche, wie er meint, verunglimpfende Äußerungen über sich lesen muss? Die wollte er sich nicht gefallen lassen, deswegen beantragte er eine einstweilige Verfügung, die Internetseite solle gelöscht werden (die Rundschau berichtete am 31. Januar).

Für den Richter stellten sich bei der Verhandlung vergangene Woche zwei wichtige Fragen: Ist wirklich solche Eile geboten, dass eine einstweilige Verfügung gerechtfertigt ist, nachdem die In-



Böse Vergleiche mit „korrupten Managern“. Das will sich Kurt Schindler nicht gefallen lassen. Foto: Archiv

ternetseite doch schon einige Zeit existiert? „Ich habe den Antrag schon längst gestellt, doch der erste Termin, den mir das Gericht angeboten hat, fiel in meinen längst gebuchten Urlaub. Deshalb die Verzögerung“, so Schindler.

Zweite Frage: Sind Vergleiche Schindlers mit korrupten Managern, eine Beschreibung als „Günstling“ und ähnliches von der Meinungsfreiheit gedeckt, weil Schindler ein bekannter SPD-Stadtrat ist? Der Richter

meinte, dass die meisten der im Lauf der Verhandlung herausgefilterten 16 Passagen vom Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt sein könnten. „Was hat meine Stellung als Politiker mit der Höhe meiner Miete zu tun?“, fragt sich Schindler. „Schließlich zahle ich jährlich meine Fehlbelegungsabgabe für Sozialwohnungen.“

Eine sofortige Löschung des ganzen Artikels auf der Mieter-

verein-Homepage lehnte der Richter mit dem Hinweis ab, dass dies einer Vorwegnahme der Hauptsache gleich käme. Was den fragwürdigen Umkehrschluss zulässt, dass jemand solange einen verunglimpfenden Artikel hinnehmen muss, bis eine Hauptverhandlung ein Urteil fällt.

Unter die Kategorie skurril fällt auch der Vergleichsvorschlag des Gerichts: „Zahlen Sie bis 2014 an den ‚Strohalm‘ 150 Euro monatlich und wir können alle heimgehen.“ Diesen Betrag erspart die Stadtbau GmbH ihrem Aufsichtsrat bei jeder Miete, behauptet der Mieterverein. Diesen Vergleichsvorschlag will Kurt Schindler jedoch nicht akzeptieren, weil dies tatsächlich einer Vorverurteilung gleich käme.

Da könnte man doch gleich ein Gesetz schaffen, dass alle Mieter, die günstig wohnen, gleich die Differenz zur höchsten Miete im Land einem gemeinnützigen Verein spenden sollten.